FELIX PETRUSCHKE

Jung im Land der Alten

Felix Petruschke

JUNG IM LAND DER ALTEN

SO ZUKUNFTSFEINDLICH IST DEUTSCHLAND

WILHELM HEYNE VERLAG
MÜNCHEN

Der Verlag behält sich die Verwertung des urheberrechtlich geschützten Inhalts dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

Taschenbucherstausgabe 11/2026
© 2026 by Wilhelm Heyne Verlag, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, D-81673 München
produktsicherheit@penguinrandomhouse.de

Redaktion: boos for books, Evelyn Boos-Körner
Umschlaggestaltung: Birgit Kohlhaas Buchgestaltung
Satz: Satzwerk Huber, Germering
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-453-60748-4

www.heyne.de

Für meinen Sohn
Weil er mich zwingt, weiter zu hoffen.

INHALT

1. Deutschland – was willst du? 9
Warum es so nicht weitergehen kann 9
Warum ich dieses Buch geschrieben habe 27

2. Wohlstand für Alte 37
Aufschieben und Anlügen 37
Die ewige Wohnkrise 60
Das Rentendesaster 83
Bling, bling: die Bundeswehr und das Geld 92
Erpressbar oder erneuerbar? 108

3. Verteidigung einer Minderheit 121
Ohne Lobby, ohne Mehrheit, ohne Plan? 121
Warum sich so viele so viel gefallen lassen 131
Ein Gegengift, das glücklich macht 139

4. Der gereizte Staat 150
Kontrollverlust: die Reform vor der Reform 150
Grün war die Hoffnung 159
Wal Timmy und der Anfang aller Proteste 168
KI, der Wilde Westen und die immer gleichen Angstmacher 179

5. Die übersehenen Vorreiter 191
Die BIP-Lüge und die Angst vor japanischen Verhältnissen 191
Menschen, die die Zukunft gestalten – und die doch kaum jemand kennt 206
Ein bisschen Gerechtigkeit 226
Jetzt oder nie 239

Dank 247
Quellen 248
Literaturliste 250
Register 251

1. DEUTSCHLAND – WAS WILLST DU?

»APOKALYPTISCHES DENKEN IST REINE ZEITVERSCHWENDUNG. GERADE JETZT UND GERADE HEUTE.«

Bernhard Pörksen, Medienwissenschaftler und Buchautor

Warum es so nicht weitergehen kann

Deutschland gilt mal wieder als der kranke Mann Europas. Das ist einerseits richtig, andererseits fast noch zu rosig formuliert. Eine Krankheit lässt sich in der Regel kurieren, wenn man brav die bitteren Pillen schluckt. Statt aber mit der Kur zu beginnen, streiten wir uns seit Jahren um die Diagnose. Konsens besteht nur noch darin, dass wirtschaftlich und politisch fataler Stillstand herrscht, aber die Meinungen, woran das wirklich liegt, gehen diametral auseinander. Anstatt, das Land auf Vordermann zu bringen, streiten wir uns darum, wer welche Teile von der Leiche abbekommen soll. Mitnehmen, was irgendwie geht, ist zur Maxime geworden. Der Egoismus zeigt seine hässliche Fratze, die Jüngeren haben das Nachsehen.

Wenn die aktuelle Bundesregierung heute über das Morgen spricht, spricht sie nicht von Aufbruch oder Neubeginn, sie

spricht von Vertagen und Vertrösten. Eine »Jetzt-haben-andere-Dinge-Vorrang-Politik«. Kriege, Handelsstreitigkeiten, Energiekosten, Diktatoren, Standortdebatten … es fehlt nicht an Krisen, um vom Fehlen langfristiger Strategien für unser Land abzulenken. In einer idealen Welt würde aus all diesen Herausforderungen etwas Positives entstehen. Ein »Jetzt-packen-wir's-an-Gefühl«. Politik und Wirtschaft würden die Bürger ermutigen, endlich über die Zukunft und das Deutschland von morgen nachzudenken: fairer, chancenreicher, ökologischer, stabiler, hoffnungsvoller. Doch nichts dergleichen geschieht.

Im Gegenteil: Die Bundesregierung und die sogenannte Wirtschaftselite laden den Jüngeren immer mehr Lasten auf – gierig darauf, ihre eigenen Privilegien zu bewahren; beflissen darauf bedacht, ihre wichtigsten Lobbygruppen und ihre verbliebene Stammwählerschaft zufriedenzustellen. Ein jahrzehntelang gewachsenes Netzwerk von alten Wirtschaftsbossen rund um Noch-Bundeskanzler Friedrich Merz stellt die Weichen zurück in die Vergangenheit. Innovative Ideen, die Transformation der Wirtschaft oder gar echte Reformen haben da keinen Platz. Sie stören.

Etwas zumuten will man den Wählern ohnehin nicht mehr, stattdessen bildet man Kommissionen, deren Empfehlungen und Analysen man dann in der Schublade verschwinden lässt. Erst 2024 hat etwa eine unabhängige und renommierte Expertenkommission um Julia Jäkel, Thomas de Maizière, Peer Steinbrück und Andreas Voßkuhle unter dem Titel »Initiative für einen handlungsfähigen Staat« Ideen für Reformen erarbeitet. Das Fazit war erschütternd: So, wie der Staat jetzt funktioniert, kann es nicht weiterge-

hen. Doch die regierenden Parteien? Wollen von den Ideen kaum etwas wissen.

Deutschland bleibt auf diese Weise abhängig – von erpresserischen Öl- und Gasstaaten, von einem veralteten und störanfälligen Exportsystem, von teuren Subventionen, von einem delirierenden Amerika. Wer die Interessen der Alten so massiv über die der Jungen stellt, darf sich nicht wundern, wenn immer mehr von ihnen Politik und Wirtschaft den Rücken kehren. Viele Unternehmerinnen versuchen ihr Glück inzwischen im Ausland. Junge Wähler wenden sich von den etablierten Parteien ab oder radikalisieren sich. Sie wachsen im Bewusstsein auf, dass es für die allermeisten von ihnen schwierig bis unmöglich sein wird, denselben Wohlstand wie ihre Eltern zu erreichen. Nicht ohne Grund ist die rechtsextreme AfD auch bei Zwanzigjährigen enorm erfolgreich. Wenn das keine Warnung ist, was dann?

Das Fatale daran: Wir zerstören uns mit dieser zukunftsfeindlichen Politik selbst. Schon heute sind die Missstände im Land so groß, weil man jahrzehntelang nicht den Jungen und ihren Anliegen (mehr Beteiligung, faire Mieten, Klimaschutz, stabile Renten, Wahlen ab 16, Digitalisierung, Unabhängigkeit etc.) zugehört hat. Stattdessen haben die regierenden Parteien, vor allem die ehemaligen »Volksparteien« Union und SPD, beschwichtigt, abgewiegelt, vertröstet – und gelogen. Und sie machen noch immer so weiter.

—

An eine bessere Zukunft glauben nur noch wenige. An eine rasche Genesung des Patienten schon gleich gar nicht.

Deutschland – was willst du? Und, vielleicht noch wichtiger: Was willst du sein? Heute? Übermorgen? In 10, 20 oder 30 Jahren? Schon diese Fragen trauen sich viele Politiker hierzulande nicht mehr laut zu stellen. Komisch, eigentlich wäre es an ihnen, darauf eine Antwort zu geben. Wenn die Politiker aber selbst zu feige sind, dann läge die Aufgabe bei den Bürgern, sie daran zu erinnern.

Was passiert, wenn man keine Vorstellung, keine Ideen, kein Ziel für die Zukunft hat, konnte man in den vergangenen Jahren beobachten: Wie ein angeschlagener Boxer taumelt das Land mal in die eine, dann die andere Richtung. Aus jeder Ecke prasseln Schläge nieder, kaum setzen wir einen Fuß vor den anderen, müssen wir wieder zwei Schritte zurück. Wir reagieren nur, statt selbst aktiv zu werden. Bald drohen wir k. o. zu gehen.

Je länger wir in Deutschland politisch und wirtschaftlich so weitermachen, desto höher wird die Rechnung werden – vor allem für die jungen Generationen. Was aber auch heißt: für die Kinder und Enkel der heute über Sechzigjährigen. Am Ende jedoch zahlt die ganze Gesellschaft, denn die Sorgen der Jugend sind kein Randthema, sie sind ein Frühwarnsystem: für schrumpfende Rentenkassen, steigende Schulden, eine wachsende Ungleichheit und ein Land, das kurz davor ist, in seine Einzelteile zu zerfallen.

—

Viele Konflikte unserer Zeit sind in Wahrheit Verteilungskonflikte zwischen Gegenwart und Zukunft. Und obwohl die Grenzen zwischen den Generationen heute mit einer Un-

menge an Studien und Umfragen schärfer gezeichnet werden als jemals zuvor, versorgen Politik und Wirtschaft in erster Linie die Älteren, was auch bedeutet: die Vergangenheit. Die Interessen der Jüngeren, zu denen ich mich mit 34 Jahren auch noch zähle, gehen fast immer unter. Wir werden geopfert für teure Wahlgeschenke, für eine angeblich alternativlose Politik, für die Bewältigung kurzfristiger Krisen. Zukunftsfeindlich, selbstzerstörerisch, verantwortungslos – so sieht die Bilanz der Alten und der Regierung Merz im Besonderen aus.

Kein Wunder, dass die Stimmung im Land immer düsterer, immer gereizter wird. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, nie um eine plumpe Schlagzeile verlegen, hält die aktuelle Regierung für die »letzte Patrone der Demokratie«, der Bestsellerautor und Hauptstadtjournalist Robin Alexander hält sie für die »letzte Chance«. Söder und Co. scheinen Angst davor zu haben, was bei den nächsten Bundestagswahlen passiert und ob die rechtsextreme AfD vielleicht stärkste Kraft wird. Dabei ist das eigentliche Problem vielleicht viel simpler: Anspruch und Wirklichkeit klaffen in diesem Land immer weiter auseinander. Politiker beschwören in Sonntagsreden immer gerne, wie wichtig ihnen Themen wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, Umweltschutz und Generationengerechtigkeit sind – und haben ihr eigenes Geschwätz dann am Montag in der Kabinettskonferenz wieder vergessen.

Die Folgen dieser zukunftsfeindlichen Politik werden immer konkreter. Unser Leben auf Pump zerstört die Chancen der jungen Generationen. Wir halten zu lange an veralteten Technologien, Gewissheiten und Gepflogenheiten fest und liefern

uns endlose Scheindebatten. Wenn den vielen Worten nicht endlich Taten folgen, erleben wir im Zeitraffer, wie aus dem ehemaligen »Exportweltmeister Deutschland« ein mittelmäßiges und baufälliges Industriemuseum wird. Über die Deutsche Bahn mag man schon keine Witze mehr reißen, an Großprojekte wie die Olympischen Spiele trauen wir uns nur mit halber Energie, und die Aufrüstung der Bundeswehr entwickelt sich zu einem riesigen Geldgrab. »Bazooka«, »Doppel-Wumms«, »Wirtschafts-, Energie- und Migrationswende« – wer dauernd so tatkräftig daherredet, muss am Ende auch liefern. Oder bekommt bei den nächsten Wahlen die Quittung.

Das Festhalten am Gestern kostet dieses Land schon jetzt Hunderte Milliarden Euro. Deutschland überweist jedes Jahr über 80 Milliarden Euro ins Ausland, nur um Öl und Gas von oft unberechenbaren Autokraten zu kaufen. 2026 dürften es wegen des Krieges im Iran noch einmal mindestens 20 Milliarden Euro mehr werden. Energiewende? Transformation der Wirtschaft? Ausbau der Stromnetze und Batteriespeicher? Strategische Unabhängigkeit? Gelten den regierenden Politikern und insbesondere der Wirtschaftsministerin Katherina Reiche hingegen als unbezahlbar.

Im ersten Jahr ihrer Amtszeit hat die Regierung Merz beim Thema Energieversorgung fast ausschließlich Dinge gesagt und getan, die alten fossilen Geschäftsmodellen nutzen und dem Ausbau der erneuerbaren Energien schaden. Energie wird dadurch nicht billiger, sondern immer teurer. Noch dazu wird ausgerechnet bei Umweltschutz und klimafreundlichen Investitionen gekürzt, während für Mütterrente, Pendlerpauschale und Gastrosteuer Milliarden zum Fenster hinausgeschmissen werden.

Je länger das so weitergeht, desto höher wird die Rechnung – für die Jungen. Und die Älteren können sich auf ihren Grabstein die Worte des *Spiegel*-Journalisten Jonas Schaible meißeln lassen, der dieses fahrlässige Treiben der Politik einmal folgendermaßen kommentierte: »Wir haben es nicht versucht und dabei festgestellt, dass es nicht geht.«

—

»Den Parteien fehlt ein Konzept und eine Vision, wie Deutschland in 10 oder in 30 Jahren aussehen soll – es fehlt ein Angebot für die junge Generation. Die Zukunft hat aktuell keine Mehrheit.« Das schrieb Marcel Fratzscher, Ökonom und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), während des Wahlkampfs im Herbst 2024. Das überrascht: Noch keine Generation in der Geschichte wurde so detailliert vermessen, befragt, untersucht und beurteilt wie junge Menschen unter 35 Jahren in Deutschland. Eigentlich könnten Politik und Wirtschaft also sehr genau wissen, was den Jüngeren wichtig ist. Zumindest, wenn man ihre Anliegen ernst nehmen würde.

Meist spricht man aber nicht mit ihnen, sondern über sie. Was mussten sich die Jungen nicht schon alles heißen lassen: Generation Miete, Generation Krise, Generation Altersarmut, Generation Klima, Generation Snowflake, Generation TikTok – alles negative, meist herablassende Zuschreibungen. Manchmal sind es sogar zutreffende Beschreibungen der Probleme. Nur geändert, geschweige denn gebessert, hat sich nichts.

Gleichzeitig werden die vermeintlichen Unterschiede zwischen den Jüngeren tausendfach thematisiert und überhöht.

Wie oft noch sollen die Generation Y (zwischen 1980 und 1995 geboren) und die Generation Z (1995 bis 2010) in Talkshows gegeneinander ausgespielt werden? Wer ist fauler? Welcher Generation ist die Work-Life-Balance wichtiger? Und dann gibt es natürlich noch die Zuspitzung: Boomer versus Zoomer. Also die Generation, die gerade kurz vor der Rente steht, gegen die, die gerade ihren ersten Job beginnt. Als hätten die Älteren nicht auch Kinder und Enkel, um deren Zukunft sie sich sorgen.

Ich muss oft daran denken, wie die Wahlen 2021 ausgegangen sind. Die Jungen hatten vor allem FDP und Grüne gewählt – und wurden dann drastisch enttäuscht. Von beiden. Fick den Planeten! Mit dieser Formel hat der Kabarettist Max Uthoff die Blockadehaltung der FDP zu fast jedem Reformvorschlag der Ampel-Regierung – Tempolimit, Steuerreform, Schuldenbremse – einmal beschrieben. Womit er recht hat: Auch Nichtstun ist eine Entscheidung. Wer nur auf Besitzstandswahrung aus ist, wer den Jungen nichts anzubieten hat, nichts riskieren mag, der fickt im wahrsten Sinne des Wortes die Zukunft der jungen Generationen. Es ist nichts anderes als eine unterlassene Hilfeleistung an einer Wählergruppe, die in einem überalterten Land immer stärker in die Minderheit gerät.

»Das Aufstiegsversprechen ist seit 20 Jahren tot«, gab sogar Dennis Radtke, Chef des CDU-Arbeitnehmerflügels, in einem Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* zu. Zu glauben, dies sei »nur die Folge der Flüchtlingskrise von 2015 und der Coronapandemie, ist nicht nur falsch, es ist gefährlich«. In seiner Partei ist diese Kritik dann leider wie so oft kommentarlos verhallt. Auch daran erkennt man, wie un-

wichtig die Interessen der Jüngeren einer Partei sind, die sich noch immer gerne selbst als Volkspartei bezeichnet.

—

Ein Blick auf aktuelle Studien zeigt das ganze Drama der jungen Generation. 86 Prozent der jungen Menschen in Deutschland machen sich Sorgen um ihre Zukunft, zeigt eine repräsentative Befragung der Vodafone Stiftung Deutschland aus dem Jahr 2022. Obwohl die Mehrheit der jungen Menschen (66 Prozent) ihre Generation als eine wahrnimmt, die politisch etwas verändern möchte, hat weniger als ein Drittel (29 Prozent) das Gefühl, die Politik beeinflussen zu können. Drei Viertel (75 Prozent) erleben die deutsche Demokratie als zu schwerfällig, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu lösen. Der Aussage »Es ändert sich nichts, egal, wer regiert«, stimmten 58 Prozent der Befragten zu. Und nur acht Prozent haben die Hoffnung, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen.

Andere Studien, zum Beispiel »Jugend in Deutschland: Zwischen Leistungsbereitschaft und Abwanderung«, kommen seit Jahren regelmäßig zu ähnlichen Ergebnissen. Demnach bröckelt mittlerweile das Vertrauen in das gesamte politische System. Viele Jugendliche fühlen sich von den etablierten Parteien nicht vertreten und wenden sich laut der Studie zunehmend alternativen oder radikalen Kräften zu; weniger aus Gleichgültigkeit, sondern mehr aus Enttäuschung.

»Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bei ihnen den Eindruck hinterlassen, dass ihre Sorgen nicht ernst genom-

men werden – obwohl seit Jahren Alarm geschlagen wird. Die vergangenen Wahlen zeigen die enorme Fragmentierung und Polarisierung, in der sich die junge Generation befindet«, berichtet Kilian Hampel, der an der Studie mitgearbeitet hat. Anders als noch vor einigen Jahren, als viele Schüler und auch Zwanzigjährige auf die Straßen gingen und sich unter dem Motto »Fridays for Future« zusammenschlossen, ist der Protest der Jugend heute nicht mehr laut. Er findet vielmehr im Stillen, im Privaten statt. Anstatt auf die Barrikaden zu gehen, entziehen sich immer mehr dem politischen System. Das sei aber umso gefährlicher, sagt Hampel.

41 Prozent der Jungen überlegen inzwischen, das Land zu verlassen. 21 Prozent haben sogar konkrete Pläne dafür, zeigt die neueste Studie von Jugend in Deutschland. Sollte es dazu tatsächlich kommen, wäre es der Todesstoß für unsere Wirtschaft, für ganze Regionen und Städte und für unsere Sozialsysteme. Mit Verlaub: Wie viele Warnungen braucht es noch, bis Politik und Unternehmen endlich aufwachen und die Jüngeren mehr an Entscheidungen beteiligen? Noch einmal Kilian Hampel: »Wenn seit Jahren psychische Belastungen junger Menschen steigen, ihre finanzielle Lage samt Schulden und Rentenaussicht prekär wird, erschwinglicher Wohnraum unmöglich erscheint und sie ganz offen zugeben, mit den derzeitigen Krisen überfordert zu sein, wieso wundern wir uns überhaupt noch über unsere eigenen Headlines?« Die zentrale Frage ist daher nicht, ob junge Menschen überhaupt dazu bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Das sind sie. Die Frage ist, ob wir ihnen die Perspektiven bieten, die sie dafür benötigen.

Blickt man auf den Status quo, kann man leider nur zu einer Antwort kommen: Die Perspektiven reichen nicht. Im Gegenteil: Machen wir so weiter wie bisher, kommen die wirklich harten Brocken auf die Jüngeren erst noch zu.

—

Ein 2026 eingeschultes Kind wird im Laufe seines Arbeitslebens (gerechnet auf heutige Preise und Durchschnittsverdienste) 904 000 Euro an Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zahlen. Die andere Hälfte kommt vom Arbeitgeber. Das sind inflationsbereinigt 264 000 Euro mehr als jemand, der 1960 geboren wurde. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie unter Leitung von Professor Martin Werding, Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft. Wegen der immer stärker steigenden Kosten (unter anderem, weil die Babyboomer-Generation bald in Rente geht) müssen Kinder, die 2027 eingeschult werden, später einmal auf mehr als die Hälfte ihres Bruttolohns verzichten. Der Generationenvertrag verliere damit seine Tragfähigkeit, warnt Werding.

Hätten die neuen Megamonsterschulden (euphemistisch und blenderisch als »Sondervermögen« bekannt) für Verteidigung und Infrastruktur – richtig verwendet – noch der Weg sein können, um Deutschland wieder fit zu machen und zu reformieren, drohen sie nun den finanziellen Handlungsspielraum auf Jahrzehnte zu vernichten. 50 Prozent des Haushalts gehen demnächst an Alte und das Militär. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass sich die Staatsverschuldung Deutschlands von rund 70 Prozent

im Jahr 2025 auf 75 bis 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2030 erhöhen könnte. Die Commerzbank erwartet binnen zehn Jahren sogar einen Anstieg auf 90 oder gar 100 Prozent. Das wären rund 3,9 Billionen Euro (3896 Milliarden), gemessen am BIP von 2024. Damit könnte allein die Zinslast auf über 80 bis 100 Milliarden Euro jährlich steigen – etwa fünfmal so viel wie 2021. Für zukünftige Investitionen, die Bewältigung internationaler Krisen oder von Umweltkatastrophen bleibt damit nichts mehr als Reserve übrig. Es ist ein Irrsinn.

»Über die nächsten 30 Jahre wird eine gigantische Umverteilung von Jung zu Alt stattfinden, die Investitionen in die Zukunft wie in Bildung, Infrastruktur oder Klimaschutz blockiert. Die fehlende Generationengerechtigkeit gehört zu dem größten Versagen der heutigen Gesellschaft«, warnt der Ökonom Marcel Fratzscher.

Die drastisch steigende Staatsverschuldung trifft die Jüngeren doppelt: Ohne massive Ausgabenkürzungen muss ein Teil über höhere Einkommen-, Unternehmen- oder Verbrauchsteuern gegenfinanziert werden. Das bedeutet etwa eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder höhere Beiträge für Krankenkassen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnen damit, dass die durchschnittliche Gesamtbelastung für Arbeitnehmer aus Steuern und Abgaben von heute rund 40 Prozent des Bruttolohns auf deutlich über 45 Prozent steigen könnte.

Das alles bedeutet: Die Jüngeren werden die Folgen dieser zukunftsfeindlichen Politik in wenigen Jahren bezahlen müssen. Und je größer der Schuldenberg, der jetzt aufge-

türmt wird, desto weniger Geld bleibt absehbar für Bildung, Digitalisierung, Wohnen oder Klimaschutz. Hinzu kommen noch die Kosten für die fortschreitende Umweltzerstörung und Extremwetterereignisse, weil die verschiedenen Bundesregierungen seit Jahren nicht nur für den Kampf *gegen* die Klimakrise, sondern auch *für* den Schutz vor den Krisenfolgen viel zu wenig unternehmen. Während Städte wie Paris, Kopenhagen oder Helsinki ihre Metropolen radikal umbauen, um ihre Bürger vor den schlimmsten Folgen zu schützen, streitet etwa München jahrelang darüber, ob 50 Parkplätze für einen neuen Radweg »geopfert« werden dürfen oder ob auf dem Mittleren Ring Tempo 30 oder Tempo 50 gelten soll. So verrinnt wertvolle Zeit. So regiert man ein Land zugrunde.

—

»Der Klimawandel selbst ist ein Wohlstandsrisiko geworden. Angesichts dessen ist die entscheidende Frage: Wie kann der Wohlstand gesichert und zugleich eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik entfaltet werden?« Das fragen Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW), und Ottmar Edenhofer, Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, in einem Gastbeitrag für *Die Zeit*. Die aktuelle Regierung hat darauf keine Antwort, sie ignoriert einfach die Fakten.

Dabei ist längst klar, dass die guten alten Wachstumszeiten à la Ludwig Erhard nicht mehr wiederkommen. Und damit stellt sich die Frage: Wie können wir einen kleineren Kuchen gerecht verteilen? Können wir es uns wirklich leisten, wei-

terhin Superreiche, Unternehmenserben, Fondsgesellschaften und Stiftungen steuerlich am wenigsten von allen zur Kasse zu bitten? Sollten wir nicht besser achtgeben, wofür wir den größten Schuldenberg der deutschen Geschichte verwenden? Und wie wir mit den vielen neuen Milliarden umgehen und was wir damit erreichen wollen?

Man muss das noch mal in aller Deutlichkeit formulieren: Eine Regierungskoalition, die sich selbst als »letzte Patrone der Demokratie« bezeichnet, die mit zusätzlichen Schulden von fast einer Billion Euro endlich das Land in die Zukunft führen könnte, kann ihr parteipolitisches Klein-Klein, ihre Mutlosigkeit und ihre gegenseitigen Animositäten nicht einmal für die kurze Zeit von vier Jahren beiseitelassen. Das ist erbärmlich. Das ist verantwortungslos. Die Wohnkrise in den Städten? Spitzt sich immer mehr zu! Der Verkehr? Lässt den meisten nur noch die Wahl, ob man am Flughafen, am Bahnsteig oder im Auto warten muss! Und im Job? Werden besonders die Jüngeren von den Folgen einer entfesselten KI bedroht und häufig sich selbst überlassen.

Es würde sich anbieten, an dieser Stelle zu schreiben, dass man nur hoffen kann, dass alles doch nicht so schlimm werden wird. Falsch! Mit genau dieser Einstellung hat sich Deutschland in diese Lage gebracht. Zu oft wurden Macher, Gründerinnen und innovative Unternehmer vertröstet. Die rund 80 000 Arbeitnehmer, die in der Solarbranche gearbeitet haben und gleich zweimal von der Politik fallen gelassen wurden, wissen das am besten. Dabei kann Deutschland – können die Menschen in diesem Land – so viel mehr. Die Lösungen für ein progressiveres Deutschland sind längst da, man muss sie nicht erst erfinden. Nur braucht es Druck, da-

mit sie sich auch endlich durchsetzen können. Druck, den nur die Jungen aufbauen können. Und müssen.

—

Die wichtigsten Leitlinien in der deutschen Politik und auch in der Wirtschaft werden hierzulande in kleinen, geschlossenen Gruppen getroffen. »Machtzirkel« nennen das gerne Hauptstadtjournalisten, wenn die wesentlichen Entscheidungsträger zusammenkommen und ein paar unverrückbare Pflöcke für die nächsten Wochen einrammen. So war es schon bei der Ampelkoalition.

In der Merz-Regierung setzte sich beispielsweise der neue Machtzirkel bis zu der Kabinettsumbildung im Sommer 2026 aus wenigen Männern zusammen: Kanzler Friedrich Merz, Finanzminister Lars Klingbeil und die beiden damaligen Fraktionschefs von Union und SPD, Jens Spahn und Matthias Miersch. Je nach Lage wurde die Runde ergänzt um Innenminister Alexander Dobrindt und/oder Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern.

Sehen so Hoffnungsträger aus? Nicht selten wurde in der Vergangenheit der Finanzminister oder der Fraktionschef bei den nächsten Wahlen Bundeskanzler.

Deutschland hat einen Mann zum Kanzler gewählt, der bis dahin kein einziges öffentliches Amt innehatte, was ihm bei vielen Gelegenheiten anzumerken war. Der Finanzminister – auch ohne jegliche Amts- beziehungsweise Finanzerfahrung – nutzte die Sondervermögen zuallererst als Verschiebebahnhof, um Haushaltslöcher zu stopfen. Und der inzwischen zurückgetretene Fraktionschef Jens Spahn hatte während der größ-

ten Gesundheitskrise der Geschichte der Bundesrepublik nicht nur Zeit, einige Unternehmensfreunde aus seinem Wahlkreis mit Staatsaufträgen zu versorgen, Milliarden für Masken zu verschwenden, sondern sich nebenbei auch eine Villa zu kaufen, bei der die Finanzierung nach wie vor höchst dubios ist.

Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) verdanken wir in Deutschland maßgeblich den desolaten Zustand der Deutschen Bahn und dass jeder Ausländer nach wie vor gratis das deutsche Autobahnnetz nutzen darf, Stichwort Pkw-Maut. Und Markus Söder haben nicht einmal die CDU-Abgeordneten die Rolle des Bundeskanzlers zugetraut, obwohl er mit Armin Laschet einen sehr blassen internen Kontrahenten hatte. Sollen diese Männer also weiter über die Zukunft Deutschlands bestimmen? Ist das alles, was wir politisch noch erwarten können?

—

Bis jetzt waren die Jungen in diesem Land auffallend genügsam. Sie haben viele Dinge wohlwollend mitgetragen, auch wenn sie eine Belastung bedeuten. Eine Mehrheit akzeptiert etwa höhere Beiträge zur Rentenversicherung und neue Rekordschulden für die Bundeswehr sowie für die Reparatur der unzähligen bröselnden Brücken und Schienen. Eine Mehrheit akzeptiert, dass sie ab 2026 wieder zur Musterung muss und im Kriegsfall die Alten, die das ganze Chaos angerichtet haben, mit ihrem Blut verteidigen soll. Wählen dürfen Jugendliche mit 17 zwar nicht, aber zum Dienst an der Waffe langt es allemal. Diese Bevormundung durch die Älteren muss ein Ende haben.

Mir ist klar, dass es immer einfacher ist, Sündenböcke zu finden, als selbst Verantwortung zu übernehmen. Auch mangelt es in der heutigen Medienwelt nicht an Kritik an »denen da oben«, sie trifft inhaltlich und interessengeleitet nur häufig die Falschen. Die AfD lässt grüßen. Gleichzeitig wäre es unfair und falsch, die Jüngeren nur als Opfer von Eliten und Älteren darzustellen. Die bittere Wahrheit ist: Die Jüngeren sind oft selbst zu bequem, ihre Interessen durchzusetzen. Sie sind bislang auch unfähig, sich auf einige ihrer Kerninteressen zu einigen. Sie scheuen den Streit und verlieren sich lieber in Netflix-Serien und Urlaubsposts bei Instagram, während andere über ihre Zukunft entscheiden.

Es wäre auch falsch zu glauben, dass man jetzt »nur« den Jüngeren das Heft des Handelns in die Hand drücken müsste, um alles besser zu machen. Es gibt auch viele Jüngere, die handeln, als wären sie von gestern; zum Beispiel um ältere Wählergruppen oder alte Industrien zufriedenzustellen. Oder Karrieristen, die so lange nach oben buckeln, dass sie gar keine eigenen Interessen mehr vertreten. Gleichzeitig gibt es aber auch viele Ältere, die den Mut haben, die Fehler der aktuellen Politik zu benennen – und vormachen, was Deutschland anders machen muss.

Zur Wahrheit gehört deshalb auch, dass wir die Probleme in diesem Land nur gemeinsam lösen können. Und das bedeutet: Jeder muss ein Opfer bringen – Jüngere und Ältere. Das gelingt nur, wenn man die Unterschiede zwischen den Generationen nicht als harte Trennlinie begreift, sondern als Teile eines großen gesamtgesellschaftlichen Puzzles.

Das ganze Land wirkt derzeit wie ein Schlafwandler – behäbig, bequem, gleichgültig und verwirrt. Die Probleme, die wir heute haben, hätten wir nicht, wenn man dieses Land jahrelang nicht politisch, ökonomisch und ökologisch wie einen Papierflieger im Sturm hätte treiben lassen. Und egal, was wir gerade versuchen anzupacken – Infrastrukturprojekte, Kampfflugzeuge, Bürokratieabbau –, man muss inzwischen davon ausgehen, dass es teuer, ineffizient und in vielen Fällen rückwärtsgewandt ist. Deutschland steckt in einer tiefen, vielleicht selbstzerstörerischen Erneuerungskrise.

Aber das muss nicht so bleiben. Es darf auch nicht so bleiben. Probleme sind wie Müll, nur weil man ihn ignoriert, wird er nicht weniger, im Gegenteil: Er fängt an zu stinken. Und irgendwer muss ihn am Ende wegräumen. Genau an diesem Punkt sind die Jungen – sind wir alle – in Deutschland gerade.

Das vorliegende Buch zeigt deshalb nicht nur, wie die jungen Generationen bei essenziellen Themen diskriminiert werden, sondern auch, wie wir es besser machen könnten. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die den Fortschritt gestalten, statt im Gestern festzukleben. Und auch im Ausland oder von einzelnen Städten lässt sich viel lernen: Generationengerechtigkeitsprüfungen für Gesetze (Wales, Finnland), echte Reformen im Rentensystem (Schweden, Österreich), konsequente Verkehrswende (Paris, Helsinki), eine kluge Wohnungspolitik (Wien, Ulm) sind nur einige Beispiele.

Ideen für eine bessere, gerechtere Zukunft für die Jungen gibt es zuhauf. Sie werden nur zu wenig beachtet. Sie werden zu wenig unterstützt. Und sie werden zu zögerlich umgesetzt.